

EUROPA 2014 FF

*Wird alles gut? Wenn **POLITIKER** Europa beschwören, können es **BÜRGER** nicht mehr hören. Es fehlt eine Europadebatte der **HERZEN**. Wie kann aus achtundzwanzig ein gemeinsames Europabild wachsen? Was steht eigentlich zur **WAHL**?*

Inhalt

1914 - 2014, eine Mahnung	3
Nicht jeder, der gegen den Euro ist, ist gegen Europa.....	3
Frage nicht, was Europa für Dich tun kann, frage, was du für Europa tun kannst.....	4
Die Forderung nach einem einheitlichen Europa fußt vor allem auf unserem beschränkten Vorstellungsvermögen.....	6
Last not least: Die Beseitigung der Altlasten und die Verhinderung neuer Blasen sind oberste Pflicht.....	9
Das KovarHuss Angebot	11
Die wichtigsten Smart-Lobbying Bausteine	11
Unsere Leistungen	12

1914 - 2014, eine Mahnung

Der Beginn des ersten Weltkriegs vor 100 Jahren mahnt uns. Mit ihm endete die bis damals längste Wachstums- und Wohlstandsperiode Europas. Es folgte ein sehr durchwachsenes Jahrhundert. In seiner ersten Hälfte war es gekennzeichnet durch zwei große Kriege, in der zweiten Hälfte damit beschäftigt, die richtigen Lehren daraus zu ziehen.

Erst in den siebziger Jahren, so rechnen Wirtschaftshistoriker vor, hat Europa den langfristigen Wachstumspfad wieder erreicht.

Die europäische Union gründet sich auf dem Wunsch nach Frieden. Das wirtschaftliche Wohlergehen seiner Völker ist gleichwohl das Fundament dieser Friedensmission und die entscheidende Triebkraft der europäischen Entwicklung. Das europäische Projekt, unabhängig davon, ob man es als Demokratie- oder als Elitenprojekt betrachtet, wird sich nur dann gut entwickeln können, wenn es seinen Bürgerinnen und Bürger eine ökonomische Perspektive bietet, sei es, über ein soziales Sicherheits- oder in ein Aufstiegsversprechen.

Nicht jeder, der gegen den Euro ist, ist gegen Europa

Perspektiv- und Zeitenwechsel: „Wer nicht für den Euro ist, ist gegen Europa“, lautet die gängige mantrahafte Formel, mit der die politischen Meinungsführer in den europäischen Kernländern die Wählerschaft disziplinieren wollen. Auch wenn Populisten und Nationalkonservative mit der Gegenthese ihr Süppchen kochen wollen: Die Gleichsetzung von Euro und Europa ist weder ehrlich, noch richtig. Zum einen steht der Euro nicht zur Wahl. Neben den siebzehn Euroländern wird auch in elf Nicht-Euroländern gewählt. Wir reden also schon längst über unterschiedliche Europas. Und auch in den Euroländern verlangen die Bürger harte Gründe, warum der Euro, eine einheitliche Wirtschaftsregion und eine starke Zentralverwaltung gut für Europa sein soll.

Die wichtigsten Einwände:

- Eine einheitliche Währung und ein einheitliches Zentralregime wie die EU/EZB verstärkt die Tendenz zu einer Transferunion. Länder, die sich dem internationalen Wettbewerb nicht stellen wollen oder können, haben keine Möglichkeit, diesen Weg durch Wachstumsverzicht zu tun.
- Eine zu starke Einheitlichkeit verhindert mittelfristig, dass sich die europäischen Länder auf unterschiedlichen Wegen der Zukunft stellen. Zukunftsfähigkeit drückt sich nicht im europäischen Kompromisseinerlei aus. Gute Zukunft kann für unterschiedliche Länder unterschiedlich aussehen.
- Eine einheitliche Währung lässt unterschiedlichen Politiken zu wenig Luft zum Atmen, ist mithin undemokratisch.

Der Euro ist im deutschen Interesse, weil er dem exportstarken Deutschland Märkte eröffnet. Aber gerade deshalb brauchen wir eine Debatte darüber, wann der Euro im deutschen UND im Interesse der anderen Länder ist.

Frage nicht, was Europa für Dich tun kann, frage, was du für Europa tun kannst.

Die Debatte der Proeuropäer hat sich weithin zu einer künstlichen und abgehobenen Debatte entwickelt. Die Diskutanten erkennen darin ein hübsches Mäntelchen und nennen dieses eine Elitendebatte. Das löst die damit verbundenen Fragen aber nicht.

Die Debatte um Europa wird von denen vorangetrieben, die nicht tagtäglich um ihr ökonomisches Überleben kämpfen. Wenn es aber aus der Mitte der Gesellschaft betrachtet wird, sieht Europa aber anders aus. Versetzen wir uns in die Lage kleiner Gewerbetreibender, eines kleinen Fleischers oder eines Friseurs, der sich den neuen, zu Dumpinglöhnen arbeitenden und aufstiegswilligen Konkurrenten zu erwehren hat. Konkurrenten, die es zudem mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht so genau

nehmen. Oder in die Lage eines angelernten oder Facharbeiters, dessen Arbeitsplatz ins günstiger produzierende Ausland verlagert werden.

Das Elitenprojekt Europa hat also einige gar nicht elitäre Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern. Insofern ist das Elitenprojekt Europa nicht nur begründungspflichtig, sondern muss seine Alltagstauglichkeit im Leben und Erleben der Bürgerinnen und Bürger der verschiedenen Nationen beweisen. Das Friedensprojekt Europa muss also zugleich ein Wohlfahrtsprojekt Europa werden, wobei Wohlfahrtsprojekt je nach Ausgangslage Aufstiegsversprechen oder soziale Absicherung (oder eine Kombination von beiden) sein kann.

Um die nach innen friedenssichernde Funktion auf Dauer aufrecht erhalten zu können, bedarf Europa einer Wachstumsperspektive. Nur wenn Europa global expansiv agieren kann, also auf der globalen Innovations- und Expansionsleiter vorausstürmt, wird es sein Wohlstandsversprechen gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern einhalten können. Vor allem die jungen Menschen wurden zahlreichen Ländern außen vor gelassen; - obwohl sie das eigentliche Zukunftskapital sind und zudem vielfach gut ausgebildet.

Wir stellen fest: Mit der Lissabon-Strategie wollte die EU-Kommission im Jahr 2000 Europa zur technologisch führenden Weltregion machen. Heute, zwölf Jahre und einige Subventionsmilliarden später sehen wir, dass diese Subventionen nichts zur technologische Führung beigetragen haben. In Spanien, können wir dieser Tage in den Medien lesen, sind 20 von 50 Flughäfen defizitär. Eine ganze Reihe davon sind zum Verkauf gestellt.

Mit viel Geld wurden wenig Wettbewerbsfähigkeit, aber viele politische Symbolbauten geschaffen. Wenn also über eine "Transferunion" Europa gesprochen wird, kann höchstens eine Transferunion des globalen Wohlstandsverlierers Europa gemeint sein.

Wachstum und Innovation sind die Erfolgsvoraussetzung des europäischen Gedankens; - auch, wenn die aufgeklärteren Teilnehmer der politischen Debatte natürlich wissen, dass Ressourcen und Wachstum endlich sind.

Abstrakt betrachtet, geht es also darum, einen fairen Wettbewerb und einen Austausch der europäischen Länder untereinander zu organisieren, damit das Ganze, Europa, stärker wird und mit den Wachstumsgewinnen Deformationen der Entwicklung ausgleichen und Innovationshemmnisse beseitigen kann.

Die Abwesenheit von Krieg ist auch in einem Europa der unterschiedlichen ökonomischen Kulturen und Strukturen möglich. Worin also die Vor- und Nachteile unterschiedlicher. **Wir vermissen eine offene Debatte über die Vor- und Nachteile unterschiedlich organisierter Europamodelle, über ein Europa ohne Euro, ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten, ein Europa, in der der Wettbewerb unterschiedlicher Modelle zu einer ständigen Verbesserung in jedem der Länder führt. Und nicht zu unendlich abstrakten (und blockierten) Debatten über „das“ richtige Europa.**

Die Forderung nach einem einheitlichen Europa fußt vor allem auf unserem beschränkten Vorstellungsvermögen.

Wo wir auch hinsehen, Europa ist ein fragiles Projekt. Nach außen ist es nicht handlungsfähig, was allen Elitendebattierern ein Dorn im Auge ist. Gegenüber den allzeit interventionsfähigen Amerikanern ist die Debattierstube Europa ein zahnloser Tiger. Fix in der Verabschiedung menschenrechtsfreundlicher Papiere, aber unfähig, die Einhaltung dieser Papier auch tatsächlich durchzusetzen. Syrien ist da nur ein Beispiel.

Auf der anderen Seite: Wer die Erfolge des strammen militärischen Eingreifens der USA nachverfolgt, erkennt, dass militärische Interventionen nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung immer weniger zu begründen sind. Sie sind auch weitgehend erfolglos. Irak,

Afghanistan, Libyen sind Beispiele dafür, dass es zwar gelingt, unliebsame Herrscher zu beseitigen, aber oftmals nur um den Preis dessen, damit die neue, künftig unliebsame Herrscher auf den Thron zu hieven. Die Zeit einfachen Interventionismus ist definitiv vorbei!

Vor diesem Hintergrund betrachtet, scheint die fehlende Interventionsfähigkeit Europas weniger dramatisch. Allerdings bleibt die Frage offen, inwieweit "der Westen" den Zugriff auf Rohstoffe und fossile Energien, die tatsächlich "strategischen Interessen", und damit sein Wohlstandsversprechen, künftig absichern kann. Auch wenn es uns nicht passt: Der Versuch der USA, per Fracking die Energieversorgung aus dem eigenen Lande zu organisieren und selbst zum Energiehändler zu werden, muss auch in der europäischen und nationalen Energiepolitik Berücksichtigung finden.

Global betrachtet ergibt sich daraus folgende Situation: Der Westen kommt, gerade gegenüber den großen Volkswirtschaften Asiens, unter Erfolgsdruck, weil diese großen Volkswirtschaften, China, Indien, Brasilien, Russland, Südafrika, ihre Größe und Kraft, beispielsweise in internationalen Institutionen, zunehmend stärker in die Waagschale werfen.

Der Westen kommt aber auch, und das nach innen und nach außen, immer stärker unter Druck, weil er seine Verheißungen von Demokratie gleich Wohlstand und Menschenrechte weder nach außen, noch nach innen überzeugend darlegen kann.

Überzeugt die größte Demokratie der Welt, Indien, tatsächlich in ihrer Staatlichkeit und Grundverfassung, ihrer Governance, gegenüber einem autoritären China (Und wissen wir eigentlich genug darüber)?. Nein, die BRICS-Staaten interessieren unsere Bücher, nicht unsere Verfassung. Und, um noch einen Blick auf die Länder Europas zu werfen, überzeugen uns die demokratischen Eliten Frankreichs, Italiens oder Griechenlands bei ihrer Suche nach Lösungen, die beides, das Land und Europa, stärker machen sollen?

Nein. Oftmals sind es eher die Menschen, Unternehmen, die sich neue Märkte suchen, Mitarbeiter, die Wohlstands- und Sicherheitsverluste akzeptieren, um Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren, die den Wohlstand Europas sichern. Deutschland ist ein gutes Beispiel. Die Grundlage für den Erfolg von heute hat eine Regierung gelegt, die aufgrund der Agenda-Reformen aus dem Amt gewählt wurde.

Die politische Elite Europas, so die hier vertretene These, kommt ihrer Verpflichtung nach geistig moralischer Führung nur sehr vereinzelt nach. Politik sollte nicht nach stärkerer Vereinheitlichung und europäischen Subventionen rufen. Sie sollte differenzieren lernen und darauf verzichten, die Marktöffnung und –standardisierung als einzigen erfolgversprechenden Lösungsweg zu betrachten. Die politische Elite Europas sollte Europa als einen Ort der Debatte, des Austauschs, des Streits um die besten Wege in die Zukunft betrachten und nicht als großen Subventionstopf, aus dem sich jeder seinen Anteil holen will.

Was wir brauchen, ist nicht das simple Entweder-Oder, die alte Polarisierung von Euro- und Europabefürwortern und scheinbaren Europegegnern, eine Debatte über „Mehr“ oder „Weniger“, sondern Ideen für ein Europa der verantwortbaren Schritte. Also ein Europa, in der die Menschen die Lebenssituation in anderen Ländern wahrnehmen lernen und respektvoll damit umgehen. Wir brauchen eine europäische Debatte über die verschiedenen Wege in eine gute europäische Zukunft. Wir brauchen neue Ideen aus den Ländern, von denen die anderen Länder lernen können. Wir brauchen ein Europa, das auf einer europäischen Öffentlichkeit aufsetzt, die über wirtschaftliche Perspektiven, Politik und Lebenswirklichkeit redet. Das dadurch nationale von europäischen Interessen differenzieren lernt und sich trotzdem für eine gemeinsame europäische Perspektive entscheidet. Weil in ihr die nationale Perspektive aufgehoben ist.

Was wir brauchen, ist eine europäische Öffentlichkeit für eine reflexive Europäisierung.

Last not least: Die Beseitigung der Altlasten und die Verhinderung neuer Blasen sind oberste Pflicht.

Und dann sollten wir noch darüber reden, was die aktuellen Sorgen der Europäer ausmacht: Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Was wir gelernt haben, ist, dass die USA, um das Platzen der Internetblase zu kompensieren, den Amerikanern ermöglicht hat, Häuser zu kaufen, auch wenn es die Vermögenslage nicht erlaubt hat. Die Kredite dafür wurden oberflächlich bis zur Unkenntlichkeit umverpackt, mit freundlicher Unterstützung der globalen Finanzakteure, die sich dabei eine goldene Nase verdient haben. Diese Kredite sind auch bei europäischen Banken gelandet (insbesondere bei deutschen, auch Landesbanken). Zusätzlich haben europäische Länder, beispielsweise Spanien, europäische Gelder genutzt, um in ihren Ländern ähnliche Scheinblüten hervor zu bringen. Jetzt stehen hohe Scheinwerte in den Büchern, die Gläubiger möchten diese Werte möglichst verlustfrei entsorgen, die Gefahr droht, dass die Politik die Lasten sozialisiert. Und plötzlich verbindet sich das (verständliche) politische Interesse an einem „Weiter So“ mit den ökonomischen Interessen der betroffenen Banken und Finanzwirtschaft zu unheilvollen Allianzen.

Die größte Gefahr für Europa: Dass im Nichtwissen, wie die Finanzblase ohne Crash entsorgt werden kann, die Probleme und Konflikte so weichgespült, verhandelt und abmoderiert (was heißt, in die Zukunft verschoben) werden, dass die Schieflagen immer größer werden. Spätestens dann kommt das Wort von der Systemrelevanz wieder zu tragen.

Was heißt das alles für Europa? Was wir brauchen, ist eine Politik der behutsamen, reflexiven Korridorbildung. Die existierenden Probleme wahrnehmen und nicht wegverhandeln. Die eigene Position

einbringen, aber die Position der Anderen reflektieren. Die Risiken benennen, ins Auge fassen und heute entsorgen. Und dafür auf politischer Ebene die Kräfte zu mobilisieren, die bereit sind, mit auf einen Weg zu gehen, der beides leistet: Die Menschen in den europäischen Ländern für eine lebenswerte Zukunft zu mobilisieren und die drängenden Probleme von heute auch heute lösen. Und nicht einfach auf übermorgen zu verschieben.

Einfach wird das nicht. Es erfordert Mut, Nüchternheit, ein Bekenntnis zum Europäischen Gedanken. Aber dann ist es machbar.

Das KovarHuss Angebot

Wir arbeiten auf Basis transparenter Corporate Governance-Richtlinien und mit einer gesellschaftsbezogenen Smart-Lobbying-Orientierung (siehe dazu unser [Policy Paper 2013-01 „Smart Lobbying“](#))

Die wichtigsten Smart-Lobbying Bausteine

Bestandsaufnahme: Smart Lobbying setzt auf rationalen Interessensausgleich und die Bildung von Vertrauen, das auf Respekt, Transparenz und Verlässlichkeit beruht. Arena-Analysen und langjährige Erfahrung bilden die Grundlage für maßgeschneiderte Lobbyingprogramme für Unternehmen.

Positionsbestimmung: Mit welchen Werten tritt das Unternehmen an? Welche Ziele und Märkte verfolgt es? Wo hält das Unternehmen besondere Angebote für die Politik und Zivilgesellschaft bereit? Wo ist mit Konflikten zu rechnen? Wo ist es notwendig, konfliktbereite Partner zu gewinnen?

Strategieentwicklung: Welche Ziele sind mit welchen Maßnahmen in welcher Zeit zu erreichen? Gibt es einen Plan B? Wie nehmen wir Zukunftsszenarien wahr, welche Ausweichstrategien gibt es an welchen Wegmarken? Wann sollte die Strategie überprüft und gegebenenfalls revidiert werden? Welche Mitstreiter können wir finden?

Umsetzung: Mit wem wollen wir sprechen? Welche Gesprächspartner sind vertrauenswürdig, auch wenn die Themen schwierig werden? Auf wen kann man sich verlassen? Mit welchen Kontrahenten sollten wir uns auseinandersetzen? Wo sind öffentliche Auseinandersetzungen angesagt? Smart Lobbying setzt auch auf die offene Diskussion kontroverser Positionen. Neben vertrauensbildenden Gesprächen betrachten wir die Arbeit mit kontroversen Positionspapieren als ein wichtiges Mittel, um Nachdenken im öffentlichen Raum und gesellschaftliches Change Management zu ermöglichen.

Die offene Arbeit mit NGOs, die Nutzung von Social Networks, Blogs etc. sind für uns selbstverständlicher Bestandteil unserer Arbeit.

Überprüfung und Feinjustierung: Wurden die Ziele und Meilensteine erreicht? Müssen Korrekturen in der Erwartungshaltung vorgenommen, Ziele adjustiert, Maßnahmen angepasst werden?

Haltung und Transparenz: Wir machen Lobbying mit Haltung. Unternehmen sind für uns Teil eines auszubalancierenden Machtdreiecks von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Durch Transparenz, die Verpflichtung auf klare, schriftlich niedergelegte Regeln schaffen wir Vertrauen, auch wenn in Sachfragen unterschiedliche Meinungen bestehen. Der Wert unserer Arbeit misst sich in substanziellen Ergebnissen für Unternehmen und Gesellschaft.

Unsere Leistungen

- Strategieworkshops
- Arena-Analysen/Themenfeldanalysen/Stakeholder Analysen
- Szenariendarstellung und -diskussion
- Strategieentwicklung
- Strategiecoaching
- Konfliktmoderationen
- Öffentliche Stakeholderprozesse
- Entwicklung von Corporate Governance Richtlinien
- Lobbying

KovarHuss Policy Advisors wurde 2011 von Andreas Kovar und Nikolaus Huss gegründet. KovarHuss in **Berlin** ist Mitglied der Public Affairs-Alliance, die **mit Büros in Brüssel** (eacongroup), **Wien** (Kovar & Partners) und **Zürich-Bern** (MC&P Mueller Consulting & Partner) direkt vertreten sind. Die Alliance arbeitet auf Basis einer gemeinsam erarbeiteten Governance-Richtlinie.

Kontakt und V.i.S.d.P:

Nikolaus Huss
KovarHuss GmbH
Unter den Linden 21
10117 Berlin
030/767 71830
office@kovarhuss.de
www.kovarhuss.de